



FEST ZUM
71. JAHRESTAG DES SIEGES
ÜBER DEN DEUTSCHEN FASCHISMUS



MAI

TAG DES SIEGES

WER NICHT FEIERT, HAT VERLOREN!

neuntermai.vvn-bda.de

3

EDITORIAL

5

ÜBER UNS

7

DER 8. UND
DER 9. MAI 1945

10

GEDENKTAG: 23. AUGUST
ODER 9. MAI? *Kurt Pätzold*

14

DER KAMPF GEHT WEITER!
NO PASARÁN! *Peter Rau*

17

JUGOSLAWISCHE INTERBRIGADISTINNEN
UND INTERBRGADISTEN *Mara Puškarević*

18

IM ZEICHEN VON „BRÜDERLICHKEIT
UND EINHEIT“. ANTI-FASCHISTISCHER
WIDERSTAND IN JUGOSLAWIEN

21

POLEN KÄMPFTEN AUCH IN BERLIN
IM STADTTTEIL CHARLOTTENBURG *Kamil Majchrzak*

25

KEINE ENTSCHÄDIGUNG FÜR NS-OPFER
DER FALL DISTOMO *Martin Klingner*

28

NIEMAND IST VERGESSEN,
NICHTS IST VERGESSEN. DER ÜBERFALL
AUF DIE UDSSR

30

DEUTSCHLAND BLEIBT SPARSAM: ZUR
ENTSCHÄDIGUNG SOWJETISCHER
KRIEGSGEFANGENER

Berliner



VVN-BdA

Basisorganisation (BO) 8.Mai der Berliner
Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes
Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten
neuntermai.vvn-bda.de | vvn-bda-8.mai@gmx.de

Konzeption & Gestaltung: francescociccolella.graphics

V.i.s.d.P.: Berliner VVN-BdA e.V., Magdalenenstraße 19 - 10365 Berlin

Gefördert durch

ROSA
LUXEMBURG
STIFTUNG



EDITORIAL

Nie wieder Faschismus - Nie wieder Krieg! laute der Schwur der Überlebenden am 8./9. Mai 1945 in Europa und in der Welt. Es war der Tag der Befreiung vom nazistischen Joch, der Tag des Sieges über den deutschen Faschismus.

Für Millionen Menschen, Opfer der nazistischen Diktatur kam dieser Tag zu spät; für Jüdinnen und Juden, Sinti und Sintize, Roma und Romnija, Homosexuelle und Zwangsarbeiter_innen. Zu spät aber auch für Kommunist_innen, Sozialdemokrat_innen, Gewerkschafter_innen, Christ_innen und viele politisch antifaschistisch Denkende und Handelnde. Sie und hunderttausende alliierter Soldat_innen, Partisan_innen, Widerstandskämpfer_innen in vielen Ländern mussten für den Sieg und die Befreiung ihr Leben geben, weil der Widerstand gegen Faschismus und Krieg in

Deutschland zu schwach war. Viele, aber dennoch viel zu wenige Menschen haben Widerstand geleistet. Dabei muss der Beitrag der Sowjetunion bei der Zerschlagung des Faschismus an der Ostfront hervorgehoben werden. Soldat_innen der Roten Armee zertrümmerten 506 deutsche Divisionen sowie 100 Divisionen von Hitler-Verbündeten. Bei den Kämpfen in West-Europa, Nord-Afrika und Italien wurden dagegen insgesamt 176 deutsche Divisionen zerstört. Der deutsche Antifaschist, Exilant und Veteran der Roten Armee Stefan Doernberg war einer von ihnen. Er brachte es einst in seiner Rede auf unserem Fest zum 9. Mai auf den Punkt: »Die Rote Armee rettete die Zivilisation«.

80 Jahre nach Beginn des Spanischen Bürgerkrieges (18. Juli 1936) sowie 75 Jahre nach dem Angriff auf die Sowjetunion (22. Juni 1941), das Königreich Jugoslawien und das Königreich Griechenland (6. April



1941) wollen wir uns auch und ganz besonders am 71. Jahrestag des Sieges über den deutschen Faschismus bei allen antifaschistischen Kämpfer_innen bedanken, die einen Beitrag zur Zerschlagung Nazideutschlands geleistet haben. In Erinnerung und Gedenken an sie wollen wir am 9. Mai mit vielen Gästen im Treptower Park, unweit des Sowjetischen Ehrenmals, feiern. Auch im neunten Jahr organisieren wir deshalb ehrenamtlich unser nicht-kommerzielles Fest zum Tag des Sieges und feiern, essen und trinken zusammen mit den Veteran_innen, zahlreichen Gästen, Musiker_innen und Freund_innen.

Der Kampf um den Frieden ist auch 71 Jahre nach der militärischen Zerschlagung des deutschen Faschismus durch die Armeen der Anti-Hitlerkoalition, die antifaschistischen Widerstandskämpfer_innen und Partisan_innen unsere tägliche Aufgabe. Denn auch heute existieren immer noch Neo-Nazi-Gruppen. Neofaschistische, antisemitische, antiziganistische, rassistische und nationalistische Einstellungen gewinnen in der Welt an Popularität und gefährden ernsthaft ein friedliches Zusammenleben der Menschen in Europa, Deutschland wie auch in der Ukraine, Russland und Polen. **Wir sagen: Solidarität statt Nationalismus!**

Neonazis und Nationalist_innen, wie die NPD, Pegida und die AfD nutzen die Krise, um Stimmung zu machen.

Sie setzen auf Ängste. Die „Soziale Frage“ wird oft völkisch bestimmt und reaktionär beantwortet.

Es geht dabei nicht um Lösungsansätze gegen die eigentlichen Ursachen dieser Krisen – den Kapitalismus. Antisemitismus, Antikommunismus, Chauvinismus und andere Ideologien der Ungleichwertigkeit bilden den Nährboden für neofaschistische Gewalt. Die Angriffe richten sich gegen Jüdinnen und Juden, Roma und Romnija sowie Sinti und Sintize und Migrant_innen, insbesondere Muslim_innen. Zum Feindbild gehören aber auch jene, die sich antifaschistisch und antirassistisch engagieren. Und auch heute leisten viele, aber dennoch viel zu wenige Widerstand. In diesem Jahr erinnern wir in unserer Broschüre an den Spanischen Bürgerkrieg und den Überfall auf Jugoslawien, und beschäftigen uns mit der Rolle von Geschichtsrevisionismus.

HITLER KAPUTT! WER NICHT FEIERT, HAT VERLOREN!

Basisorganisation (BO) 8.Mai
der Berliner Vereinigung der
Verfolgten des Naziregimes
Bund der Antifaschistinnen und
Antifaschisten (VVN-BdA)

**Antifaschistische
Initiative Moabit (AIM)**

Autonome Antifa Berlin (A2B)

**Interventionistische Linke Berlin
Stadtteilladen Zielona Gora e.V**

ÜBER UNS



Als am Abend des 8. Mai 2006 im Kapitulationsmuseum in Karlshorst (im Deutsch-Russischen Museum) auf den 61. Jahrestag des Sieges über den deutschen Faschismus angestoßen wurde, waren auch wir, acht Frauen und Männer dabei. Wir traten an diesem Tag gemeinsam in die „Berliner Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten“ (VVN-BdA) ein. Die VVN-BdA steht in der Tradition des Kampfes für ein „anderes Deutschland“ zwischen 1933 und 1945, repräsentiert von den Widerstandskämpferinnen und -kämpfern gegen den deutschen Faschismus – unabhängig von ihrer politischen Herkunft. Für alle Menschen, die aus den Konzentrationslagern, Gefängnissen, aus ihren Verstecken im Untergrund befreit wurden, die aus dem Exil zurückkehren konnten, bedeutete der 8. Mai 1945 Befreiung, was sonst!

Da wir seit vielen Jahren gemeinsam antifaschistisch aktiv sind, entschlossen wir uns, diesen Aktivitäten einen festen Rahmen in der Berliner VVN-BdA zu geben und uns in einer eigenen Basisorganisation (BO) zu organisieren. Der

**NIE WIEDER
KRIEG!
NIE WIEDER
FASCHISMUS!**

Name unserer BO ist nicht ganz überraschend „8. Mai“. Unsere BO ist für all jene offen, die sich mit ihren Ideen und Möglichkeiten in die antifaschistische Arbeit einbringen wollen.

Um die BO „8. Mai“ haben sich weitere Berliner Gruppen zusammengefunden. Unser gemeinsames zentrales Anliegen ist der Kampf gegen alte und neue Nazis, gegen staatlichen Rassismus, Antisemitismus und der Kampf gegen die Militarisierung der Bundesrepublik. Das heißt auch, sich den Nazis dort entgegen

zu stellen, wo sie sich zeigen. Doch wir halten es für unbedingt notwendig, sich nicht alleinig auf die Verhinderung von Aktionen der Neonazis, wie Demonstrationen zu beschränken. Erinnerungs- und Gedenkarbeit besitzen für uns den gleichen Stellenwert.

Seit Jahren mehren sich geschichtsrevisionistische Angriffe, die den Beitrag der damaligen Sowjetunion bzw. der Roten Armee zur Befreiung Deutschlands und Europas vom Faschismus schmälern und relativieren wollen. Deshalb haben wir mit unserem alljährlichen Fest zum 9. Mai unter dem Motto „Wer nicht feiert, hat verloren“ ein Fest etabliert, das sich entschieden gegen diese Versuche, die Geschichte zu verfälschen, wendet. Jedes Jahr werden neben Informations- und Bücherständen, Führungen zum Ehrenmal, einem Kinderprogramm und russischer Küche auch ein deutsch/russisches Kulturprogramm geboten. Zeitzeugen wie Moritz Mebel (Oberleutnant der Roten Armee), Stefan Doernberg (Leutnant der Roten Armee), Ilja Kremer (Soldat der Roten Armee) und Wladimir Gall (Hauptmann der Roten Armee) bereicherten das Fest mit Schilderungen ihrer Erlebnisse. Dazu gehörten auch polnische Kombattantinnen und Kombattanten, die in den Reihen der 1. Polnischen Armee an der Befreiung Berlins beteiligt waren. So Kapitän zur See Henryk L. Kalinowski, Oberleutnant Hania Szelewicz, Oberst Eugeniusz Skrzypek oder Major Lech Tryuk, der sich als Soldat der Armia Krajowa, nach dem gescheiterten Warschauer Aufstand 1944, der 1. Polnischen Armee anschloss.

Mit unserem Fest wollen wir ein deutliches Zeichen unseres entschiedenen Widerstandes gegen geschichtsrevisionistische Tendenzen und das unterschiedslose Gedenken bzw. die Vermischung von Opfern und Tätern setzen und festlich daran erinnern, dass erst mit der bedingungslosen Kapitulation Nazideutschlands und dem Sieg der Alliierten und vor allem dank der Roten Armee und ihrer Verbündeten das von Berlin ausgegangene Morden ein Ende fand. Für uns gilt ganz im Sinne von Ernest Hemingway: „Jeder Mensch, der die Freiheit liebt, hat der Roten Armee mehr zu verdanken, als er jemals in seinem Leben bezahlen könnte.“ Für die Menschen in Deutschland und Europa waren der 8. und 9. Mai 1945 die Befreiung, der erste Tag des Friedens.

Aber das „Morgenrot der Menschheit“ das unser Genosse und deutscher Résistance-Kämpfer Peter Gingold am 8. Mai 1945 aufscheinen sah, eine „Welt des Friedens und der Freiheit“ für die zu kämpfen uns die Häftlinge des KZ-Buchenwalds nach ihrer Selbstbefreiung in ihrem Schwur auftrugen, ist längst nicht verwirklicht. Unser Kampf geht weiter.

**AUCH DAFÜR STEHT
UNSER FEST.**

Der 8. und der 9. MAI 1945



BEDINGUNGSLOSE KAPITULATION NAZIDEUTSCHLANDS, TAG DER BEFREIUNG VOM DEUTSCHEN FASCHISMUS UND TAG DES SIEGES

Als in der Nacht vom 8. zum 9. Mai 1945 in Berlin-Karlshorst Vertreter des Oberkommandos der deutschen Wehrmacht vor den Vertretern der Streitkräfte der Anti-Hitler-Koalition die offizielle Urkunde über die bedingungslose Kapitulation unterzeichnet hatten, war ein verbrecherisches System zerschlagen worden, dessen Weltherrschaftspläne, Herrschaftspraxis und Rassenwahn die menschliche Zivilisation generell in Frage gestellt hatten. Der Sieg über den deutschen Faschismus und die Befreiung Europas bleiben eine Leistung aller Verbündeten in der Anti-Hitler-Koalition. Die Bedrohung führte Staaten unterschiedlicher



Gesellschaftsordnung und Menschen unterschiedlichster Weltanschauung und politischer Orientierung zusammen. An der Seite der Streitkräfte der Anti-Hitler-Koalition kämpften Partisanen_innen und Widerstandskämpfer_innen in allen okkupierten Gebieten für die Freiheit ihrer Länder. Deutsche Antifaschist_innen reihten sich ebenfalls in die Armeen der Anti-Hitler-Koalition und in die Partisanen- und Widerstandsgruppen ein. Nicht vergessen werden dürfen die mutigen Frauen und Männer, die aus den unterschiedlichsten Motiven unter ständiger Lebensgefahr im Deutschen Reich Widerstand gegen das Naziregime leisteten.

Die Hauptlast im Kampf gegen Nazi-Deutschland trug jedoch die Sowjetunion. Sie hatte den entscheidenden Anteil am Sieg. Die Ostfront war die Hauptfront des Zweiten Weltkrieges. Lange bevor endlich die zweite Front eröffnet wurde, hatten sowjetische Soldat_innen den Feind vor Moskau gestoppt, in Stalingrad und im Kursker Bogen

die Wende des Krieges erzwungen. Der Preis für diese Leistung war hoch. Mit über 30 Millionen Menschen hatte die Sowjetunion die mit Abstand größten Verluste zu beklagen. Über 8 Millionen sowjetische Soldat_innen ließen dafür an der Front ihr Leben. Mehr als 26 Millionen Zivilpersonen wurden getötet oder starben unter den unmittelbaren Kriegseinwirkungen. Der deutsche Aggressor hinterließ eine Spur der „verbrannten Erde“: 1.710 Städte und 70.000 Dörfer, 31.800 Industriebetriebe, 13.000 Brücken und 65.000 Kilometer Eisenbahnnetz zerstört, gesprengt oder niedergebrannt.

Die Bilanz des Zweiten Weltkrieges ist eine Bilanz des Schreckens. Mehr als 60 Millionen Menschen starben bei Kampfhandlungen, durch Repressalien, Massenvernichtungsaktionen und Kriegseinwirkungen.

Von den 18 Millionen Menschen, die deutsche Faschisten in Konzentrationslager deportierten, wurden elf Millionen ermordet oder durch Arbeit vernichtet. Unfassbar die planmäßige Vernichtung von sechs Millionen europäischen Jüdinnen und Juden, die – wie auch Sinti und Sintize, Roma und Romnija – dem Völkermord zum Opfer fielen. In Deutschland mussten fast acht Millionen und in Japan über zwei Millionen Menschen aus den von den Achsenmächten überfallenen Ländern Zwangsarbeit leisten. China hatte mit 10-15 Millionen, Polen mit sechs Millionen, Jugoslawien mit 1,5 Millionen, Frankreich mit etwa

700.000, die USA und Großbritannien mit jeweils ca. 400.000 und Italien mit 500.000 Toten ebenfalls einen hohen Preis für die Befreiung bezahlt.

Im April 1945 war der Krieg an seinen Ausgangspunkt zurückgekehrt. In Berlin waren mit der „Machtergreifung“ im Januar 1933 die Weichen für die „Neuordnung Europas“ gestellt worden. Von hier aus wollte sich ein „Tausendjähriges Reich“ über die versklavten Völker erheben. Dem Terror nach innen folgte der Terror nach außen. Die Revision des Versailler Vertrages war das Vorspiel zur Eroberung von „Lebensraum“ und Rohstoffquellen, die den planmäßigen Völkermord einschloss. In Berlin befand sich die Kommandozentrale des verbrecherischen Naziregimes.

Der 8. Mai 1945 markiert das Ende der nazistischen Diktatur. Für Millionen von KZ-Häftlingen, Zwangsarbeiter_innen, Widerstandskämpfer_innen, Jüdinnen und Juden, Sinti und Sintize, Roma und Romnija, po-

litischen Gegnern und sonstigen „Feinden“ war die bedingungslose Kapitulation der deutschen Wehrmacht am 8. Mai 1945 der Tag der Befreiung. Während in der DDR der 8. Mai als Tag der Befreiung vom Faschismus gefeiert wurde, blieb er für die westdeutsche Nachkriegsgesellschaft eher ein unbequemes Datum. Dort war er kein offizieller Gedenktag. Im Vordergrund stand die Erinnerung an „Flucht und Vertreibung“. Obwohl das besiegte Deutschland bereits am Abend des 8. Mai 1945 gegenüber den Truppen der Sowjetunion kapituliert, wurde die Siegesmeldung erst einige Stunden später, um 2.10 Uhr morgens über Radio Moskau bekannt gegeben.

Zusammen mit der Meldung von der bedingungslosen Kapitulation des Deutschen Reiches erklärte das Präsidium des Obersten Sowjet den 9. Mai zum landesweiten arbeitsfreien Feiertag zu Ehren des Sieges über Nazideutschland. Seitdem wird der 9. Mai in vielen Ländern der ehemaligen Sowjetunion als „Tag des Sieges“ gefeiert.

graswurzel revolution

GWR 407, März 2016: Antirassismus; 3HäuserProjekt; Fukushima; Libertäre Buchseiten; Berichte aus Polen, Österreich, Griechenland... Probeheft kostenlos. Abo: 38 Euro (10 Ex.)
Infos: www.graswurzel.net/service



Quelle: aus GWR 407: Bild: Saalbauhüter

Live im Kirchen-TV: Kaczyński kocht den polnischen Einheitsbrei.

GEDENKTAG: 23. AUGUST ODER 9. MAI?

Kurt Pätzold

Das Europa-Parlament in Straßburg hat am 23. September 2008 mit 533 Ja- gegen 44 Nein-Stimmen (bei 33 Enthaltungen) der Europäischen Kommission und dem Ministerrat in Brüssel sowie den Regierungen aller Mitgliedstaaten vorgeschlagen, den 23. August zu einem europaweiten gemeinsamen Gedenktag für die Opfer aller totalitären und autoritären Regime, von Stalinismus und Nazismus, auszurufen, eine gesamteuropäische Gedenkstätte für die Opfer errichten zu lassen und weitere Anstrengungen zur Popularisierung der Totalitarismuskonzeption auch finanziell zu fördern.

Wenden wir uns zunächst dem Ereignis zu, auf das da Bezug genommen wird und von dem es noch zwölf Tage bis zum Beginn des Krieges war, der zum Zweiten Weltkrieg wurde. Am 23. August 1939 schlossen Deutschland und die Sowjetunion einen Nichtangriffspakt. Der diplomatische Akt stellte eine totale Wende in den Beziehungen der beiden Staaten dar.

Für die deutschen Machthaber, die den in der UdSSR angeblich herrschenden »jüdischen Bolschewismus« eben noch als ihren Hauptfeind bezeichnet hatten. Und es traf nicht minder auf die sowjetische Seite zu, hatte in Moskau doch 1935 der VII. Weltkongress der Kommunistischen



Internationale stattgefunden, der den Faschismus an der Macht als unheil-drohendes imperialistisches und auf Krieg ausgehendes Regime kenn-zeichnete.

Die Unterzeichnung des Paktes fand in einem Moment statt, da sich Europa - kaum ein Jahr nach der »Tschechienkrise« - zum zweiten Mal in einer Vorkriegskrise befand, die erkennbar einem Kulminationspunkt entgegentrieb. Ausgelöst worden war sie wiederum von Deutschland. Diesmal durch die Ansprüche und Drohungen seiner Machthaber gegen den Nachbarstaat Polen.

Die Sowjetunion bekundete an jenem Augusttag ihr Interesse, aus dem nahen Krieg heraus zu bleiben, nach-

dem sie mit ihren seit 1933/1934 unternommenen Bestrebungen gescheitert war, ihn zu verhindern. Denn die von ihr initiierte Politik der kollektiven europäischen Sicherheit war schon auf einen toten Punkt gelangt, bevor die Regierungschefs Großbritanniens und Frankreichs 1938 nach München reisten und Hitler die Amputation der Tschechoslowakei zugestanden. Im Herbst 1938 hatten Berlin, Rom, Paris und London die Sowjetunion in gemeinsamer Aktion aus der europäischen Szene gedrängt, sie isoliert. Dennoch versuchten die Politiker im Kreml, als die deutsche Wehrmacht im März 1939 in Prag einmarschierte, die Tschechoslowakei liquidierte und die Appeasement-Politiker blamiert waren, die Idee der Zusammenarbeit der nicht am Krieg interessierten Staaten noch einmal zu reanimieren. Vergeblich.

Nachdem die Option, Nazideutschland durch eine mächtige Koalition abzuschrecken, erledigt war, hatte Moskau noch diese Alternative: nichts zu tun und abzuwarten oder sich dieses Deutschland samt seinem auf die Ostexpansion fixierten Führer auf unbestimmte Zeit vom Halse zu halten.

Vor der Sowjetunion hatten übrigens andere Deutschland benachbarte Staaten mit der Naziregierung Nichtangriffspakte abgeschlossen: 1934 zuerst Polen, es folgte in München im September 1938 eine Erklärung

Hitlers und Chamberlains mit dem »Wunsch unserer beiden Völker... niemals wieder gegeneinander Krieg zu führen«, und wenig später, im Dezember 1938, ein deutsch-französisches Bekenntnis zu »friedlichen und gutnachbarlichen Beziehungen«. Die bloße Tatsache, dass sich der Kreml nun zu einem ähnlichen Schritt entschloss, konnte rechtens keine Kritik der Vorgänger wachrufen.

Doch mit der beiderseitigen Versicherung der Friedfertigkeit hatte der Schritt des 23. August sein Bewenden nicht. Vier Wochen später wurde deutlich, dass sich die Abmachungen der beiden Mächte nicht in den veröffentlichten Texten erschöpften. Die Rote Armee fiel am 17. September in den Osten Polens ein und nahm dessen Territorium bis zu einer Linie in Besitz, die bei der Wiederherstellung eines polnischen Staates 1918 als Grenze beider Staaten empfohlen, dann aber im Ergebnis des Krieges zwischen Polen und der UdSSR von 1920 weit nach Osten verlegt worden war. In diesen Landstrichen stellten Polen eine Minderheit der Bevölkerung.

Was immer an historischen und aktuell-politischen Argumenten zur Rechtfertigung dieser Militäraktion aus dem Kreml verlautete, es konnte die Tatsache nicht vernebeln, dass die UdSSR vom Krieg Deutschlands gegen Polen zu profitieren suchte und das Völkerrecht missachtete.

Soviel zu den Tatsachen und Folgen des Abkommens. Sind sie geeignet, den 23. August zu einem besonderen europäischen Tag der Erinnerung zu erheben? Und dies, obwohl der Beginn des Zweiten Weltkriegs, der 1. September, in Teilen Europas seit Generationen als Tag des Gelöbnisses für den Frieden begangen wird? Und Millionen Menschen vieler Zungen den 8./9. Mai als Fest des wieder gewonnenen Friedens feiern und damit der Opfer gedenken, die dieser forderte?

Der Konkurrenzvorschlag der EU-Parlamentarier relativiert die Bedeutung dieser beiden Daten der europäischen Geschichte und setzt an ihre Stelle ein Ereignis, das im Vergleich von ungleich geringerer Reichweite und Folgeschwere war. Er stellt das zweiseitige Abkommen in eine Beziehung zum Krieg und dessen Opfern, die erfunden ist. Die Sowjetunion besaß im Spätsommer 1939, auf sich allein gestellt, nicht die Spur einer Chance, den deutschen »Welteroberungskrieg« (Thomas Mann) zu verhindern. Und der Entschluss der Führer Nazideutschlands, diesen Krieg vor dem Herbst 1939 zu beginnen, war Monate vor dem Abkommen gefällt. Der Sowjetunion für die Entstehung dieses Krieges eine Mitverantwortung anzudichten, geht einher mit dem Totschweigen der Politik der kollektiven Sicherheit und insbesondere der Rolle des sowjetischen Außenministers Maxim Litwinow.



Mit der Fixierung der Erinnerung auf den 23. August wird auch der 27. Januar herabgestuft, der so genannte »Auschwitz-Gedenktag«. An diesem wird zum einen an die Sowjetarmee erinnert, die das Tempo der Vernichtung des Kriegsgegners wesentlich bestimmte und mit dem Tod Hunderttausender ihrer Soldaten ungezählte Menschenleben rettete. Zum anderen stellt dieser Januartag 1945 die Nachgeborenen vor die Frage, in welchem Verhältnis das eigene Land und die eigenen Vorfahren zum Verbrechen des Massenmordes an den europäischen Juden standen. Während der Blick auf den Augusttag 1939 eine in mehreren europäischen Staaten anzutreffende Tendenz unterstützt, vor historischen Wahrheiten die Flucht anzutreten.

Rasch, schon am 30. November 2009, hat das in der Sache gar nicht angesprochene kanadische Unterhaus reagiert und sich für den europäischen Gedenktag für die Opfer aller totalitären und autoritären Regime erklärt. Gleiches beschlossen die Mitgliedstaaten Estland, Lettland, Litauen, Schweden und Slowenien. Das Groteske an diesem Vorgang ist, dass unter Beteuerungen zum Pluralismus Politiker dem Volke wieder einmal eine für ihre Zwecke geeignete Geschichtsdeutung als die allein angemessene empfehlen. Sie deklarieren, Europa müsse, solle es sich wirklich einigen, zu einer gemeinsamen Sicht auf seine Geschichte gelangen. Das Opfergedenken ist vorgetäuscht. Es geht darum, die Geschichte des 20. Jahrhunderts umzudeuten als Weg in die Freiheit, hinweg über zwei Diktaturen.

Gekürzte und redaktionell bearbeitete Fassung des Artikels „Der Pakt der Diktatoren“ veröffentlicht im „Neuen Deutschland“ vom 18.08.2012



DER KAMPF GEHT WEITER! NO PASARÁN!

Peter Rau*

ZUM 80. JAHRESTAG DER GRÜNDUNG DER INTERNATIONALEN BRIGADEN IN SPANIEN IM HERBST 1936

Im Jahr 2016 ist (auch) zu erinnern an die Formierung der Internationalen Brigaden in Spanien im Herbst vor 80 Jahren. Im Kampf gegen die Franco-Putschisten und ihre Kumpane aus dem faschistischen Ausland reihten sich Zehntausende Freiwillige aus mehr als 50 Ländern weltweit in die Front der Verteidiger der im Februar 1936 demokratisch gewählten Regierung der Spanischen Republik ein. Das war nicht nur eine Sternstunde der

Kommunistischen Internationale, von der letztlich die Initiative dazu ausgegangen war, sondern zugleich eine Kampfansage der internationalen Arbeiterbewegung an die vom Faschismus drohende Gefahr für die ganze Welt.

In den Kämpfen zum Schutz der spanischen Hauptstadt Madrid vor den Truppen General Francos, der im Juli 1936 die Meuterei von Teilen der Armee ausgelöst hatte und nun von Fremdenlegionären und marokkanischen Söldnern wie von regulären italienischen und deutschen Streitkräften unterstützt wurde, bestanden die ersten drei Bataillone der später wenigstens fünf Interbrigaden Anfang November trotz erheblicher Verluste

ihre erste Bewährungsprobe. Von der Schlacht am Jarama im Februar/März 1937 über Guadalajara oder Teruel bis zum Ebro im Sommer und Herbst 1938 eilte ihnen dabei der in die Geschichte eingegangene Ruf voran: „No pasarán – pasaremos! Sie werden nicht durchkommen – wir werden siegen!“ Mit dabei waren auch rund 2000 Freiwillige aus der Sowjetunion: als Militärberater, Piloten, Panzerfahrer, Ärzte und sonstige Spezialisten. Ihr Kampf wie ihr Kampf sind unvergessen, auch wenn der Krieg im März 1939 mit einer Niederlage endete und acht Jahrzehnte später kaum einer der daran einst Beteiligten noch am Leben sein dürfte. Dass er unvergessen ist, hat in erster Linie mit der Signalwirkung zu tun, die vom damals praktizierten bewaffneten Widerstand gegen Faschismus und den von ihm nachfolgend entfesselten Zweiten Weltkrieg ausging. So werden sich in diesem Jahr erneut zigtausende Menschen in aller Welt zusammenfinden, um diesen Einsatz und seine Protagonisten zu würdigen und zu ehren.

Andererseits ist nicht zu übersehen, dass namentlich Spanien selbst sich schwertut mit der Erinnerung an seine jüngere Geschichte. Noch immer überschattet die fast vierzig Jahre währende Diktatur eines Francisco Franco ein vorurteilsfreies Gedenken. Erst nach dessen Tod im November 1975 drangen nach und nach auch Stimmen jener ins öffentliche Bewusstsein, die unter dem alten Regime unterdrückt bzw. zum



Sozialisierung eines LKWs für die Republik durch die CNT

Schweigen verurteilt waren. Knackpunkte dafür waren eine von der zwischenzeitlichen sozialistischen Regierungsmehrheit 1984 verabschiedete gesetzliche Regelung zur Entschädigung von Opfern der Diktatur und ein 2007 beschlossenes „Gesetz zur historischen Erinnerung“, das u. a. vorsah, die zahlreichen Symbole der Franco-Herrschaft im Lande zu eliminieren. Hinzu kam, dass den damals noch lebenden Interbrigadisten 1996 die einst von Dolores Ibárruri, der legendären „Pasionaria“, versprochene spanische Staatsbürgerschaft angeboten worden war, übrigens gegen heftigsten Widerstand aus dem konservativen bzw. post-franquistischen Lager. Schließlich führte das landesweite Ringen um



die historische Wahrheit insbesondere junge Leute dazu, sich der nachgewiesenen mehr als 2000 Massengräber anzunehmen, in denen Francos Schergen ihre meist namenlosen Opfer verscharrt hatten.

An ihrer Seite wissen sie dabei all jene Vereinigungen auch in den Ländern, aus denen die „Voluntarios de la Libertad“, die „Freiwilligen der Freiheit“ einst gekommen waren. Eingeladen von der „Asociación de Amigos de las Brigadas Internacionales“, werden sich auch in diesem Herbst wieder Freunde aus den USA, Großbritannien, Frankreich, Italien und vielen anderen Weltregionen in Spanien treffen, um das Gedenken an die antifaschistischen Vorkämpfer für Frieden und Freiheit, für Demokratie und Menschenwürde wachzuhalten.

Oder, wie es im Aufruf des deutschen Vereins der „Kämpfer und Freunde der Spanischen Republik 1936–1939“ (KFSR) für das Jahr 2016 heißt:

* Gründungsmitglied des Vereins „Kämpfer und Freunde der Spanischen Republik 1936–1939 e. V.“, KFSR



Agitprop-Poster "Das polnische und spanische Volk gegen den Faschismus"

DER KAMPF GEHT WEITER! LA LUCHA CONTINUA BIS WIR SAGEN KÖNNEN: PASAREMOS!

Grenadiere der anarchistischen Durutti-Kolonnie an der Aragon-Front



JUGOSLAWISCHE INTERBRIGADISTINNEN UND INTERBRIGADISTEN

Mara Puškarević

Tausendsiebenhundert jugoslawische Freiwillige, darunter 14 Frauen, waren als vergleichsweise kleine Gruppe innerhalb der aus 50 Ländern kommenden Internationalen Brigaden im Spanienkrieg. Sie wollten, wie aus später veröffentlichten Dokumenten hervorgeht, die Spanische Republik bei deren antifaschistischen Widerstand gegen die Franquisten unterstützen und die sozialen Errungenschaften verteidigen. Sie kämpften gegen den Faschismus und für bessere Lebensumstände.

Im Königreich Jugoslawien war die Kommunistische Partei (KPJ) für die Organisation der Freiwilligen zuständig. Rund 1.000 jugoslawische Interbrigadistinnen und Interbrigadisten kamen indes aus dem Ausland, wo sie arbeiteten, lebten und sich nicht selten in gewerkschaftlichen Kämpfen politisiert hatten. Die meisten waren in der 129. Internationalen Brigade eingesetzt. Sie kämpften an allen Fronten mit: von der Verteidigung Madrids ab November 1936 bis zu den letzten Rückzugsgefechten am Fuß der Pyrenäen. Etwa 600 von ihnen kamen in Spanien ums Leben.

Mit dem Beginn des Zweiten Weltkrieges kehrten viele Überlebenden illegal nach Jugoslawien zurück. Dort nahmen sie im Widerstand gegen die faschistische Besatzung eine wichtige Rolle ein. Wegen ihrer politischen und militärischen Erfahrung waren sie maßgeblich am Aufbau der Partisaneneinheiten beteiligt und gehörten zum Führungsstab der „Volksbefreiungsbewegung“. Nach der Gründung des sozialistischen Jugoslawiens hatten viele „Španci“, wie die ehemaligen der Interbrigaden genannt wurden, hohe Posten im neuen Staat inne.

Mit dem Zerfall Jugoslawiens wurde ihr Beitrag zur Befreiung des Landes aus dem öffentlichen Gedenken verbannt.

IM ZEICHEN VON „BRÜDERLICHKEIT UND EINHEIT“

SolidarnOST - Solidarität mit Antifas in Ex-Jugoslawien (solidarnost.blogspot.eu)



Gen. Karol Świerczewski, ehem. Spanien-Kämpfer und Befehlshaber der 2. Polnischen Armee bei einer Besprechung mit sowjetischen Offizieren vor Überquerung der Neisse am 16.05.1945

DER ANTIFASCHISTISCHE WIDERSTANDSKAMPF IN JUGOSLAWIEN VON 1941 BIS 1945.

Am 6. April 1941 überfiel Nazi-Deutschland das Königreich Jugoslawien. Das Land wurde innerhalb von wenigen Tagen besiegt und unter den Besatzungsmächten Deutschland, Italien, Bulgarien, Rumänien und Ungarn aufgeteilt. In Kroatien entstand ein Marionetten-Staat unter der Herrschaft der faschistischen Ustaša. Das Land wurde ausgeplündert; die Wirtschaft dem imperialistischen Krieg untergeordnet. Hunderttausende Jugoslawinnen und Jugoslawen wurden zur Zwangsarbeit zum Beispiel nach Deutschland verschleppt.

Die Besatzer gingen brutal gegen die Bevölkerung vor: Lager wurden eingerichtet, in die Roma, Jüdinnen und Juden sowie politische Gegner/innen eingesperrt und ermordet wurden. In Belgrad wurde das alte Messegelände zum Konzentrationslager umfunktioniert. Bereits im Mai 1942 meldete der Oberbefehlshaber der Wehrmacht in Serbien, das Land sei „juden- und zigeunerfrei“. Das größte Konzentrations- und Vernichtungslager auf dem Balkan befand sich im kroatischen Jasenovac und wurde von den Ustaša betrieben. Zehntau-

sende Menschen wurden dort bestialisch ermordet.

Gegen die Besatzer gründeten sich Widerstandsgruppen. Im Sommer 1941 rief die Kommunistische Partei Jugoslawiens (KPJ) unter der Führung von Josip Broz „Tito“ zur Gründung der antifaschistischen „Volksbefreiungsbewegung“ auf. Unter der Parole „Tod dem Faschismus – Freiheit dem Volke“ bildeten sich Partisaneneinheiten im ganzen Land, in denen auch Frauen an vorderster Front mitkämpften.

Neben den Tito-Partisanengruppen gab es in Serbien auch nationalistisch-monarchistische Gruppen, die Četnici. Diese forderten ein „Großserbien“. Anfänglich gingen auch sie gegen die Besatzer vor; später kollaborierten sie mit den Deutschen und Italienern bei deren Kampf gegen die antifaschistische Widerstandsbewegung. Gegen die Besatzer und die Ustaša -Faschisten wuchs die antifaschistische Widerstandsbewegung schnell an. Während des gesamten Zweiten Weltkrieges kontrollierte sie befreite Gebiete zum Beispiel in Slowenien und in Bosnien. In den befreiten Gebieten wurden Räte ins Leben gerufen, die die Verwaltung übernahmen. Es wurden Großgrundbesitzer enteignet und das Land an arme Bauern verteilt. Der antifaschistische Kampf wurde mit sozialistischen Ideen verknüpft; ein wichtiger Grund des Erfolges des antifaschistischen Widerstandes, den große

Teile der Bevölkerung gemeinsam unter der Parole „Brüderlichkeit und Einheit“ führten. Nachdem im Mai 1945 Jugoslawien durch die Partisaninnen und Partisanen mit der Hilfe der Alliierten vollständig befreit war, wurde das zweite Jugoslawien als sozialistischer Staat gegründet.

Nach der kriegerischen Zerschlagung Jugoslawiens Anfang der 1990er Jahre wurde die Erinnerung an den antifaschistischen Kampf umgeschrieben: So gelten in der offiziellen Geschichtsschreibung Kroatiens

die Partisaninnen und Partisanen als „kommunistische Verbrecher“. In Serbien werden sie zu „Verrätern“ und die Četnici dagegen zu den „wahren Antifaschisten“ erklärt.

Ziel ist faktisch in beiden Staaten, die antifaschistische Geschichte und vor allem die damit verbundene Idee einer sozialistischen und multiethnischen Gesellschaft aus dem Bewusstsein der Menschen zu verbannen.

Mehr Informationen zur antifaschistischen Befreiungsbewegung und der Linken in Jugoslawien findet ihr im Buch „Mythos Partizan“ (Unrast Verlag, 2013).

www.jungewelt.de



Jetzt am Kiosk!



Rotarmistin im Befreiten Berlin 1945

POLEN KÄMPFTEN AUCH IN BERLIN IM STADTTEIL CHARLOTTENBURG

Kamil Majchrzak



Hania Szelewicz, Funkerin
der 2. Infanterie-Division der
1. Polnischen Armee, 1944

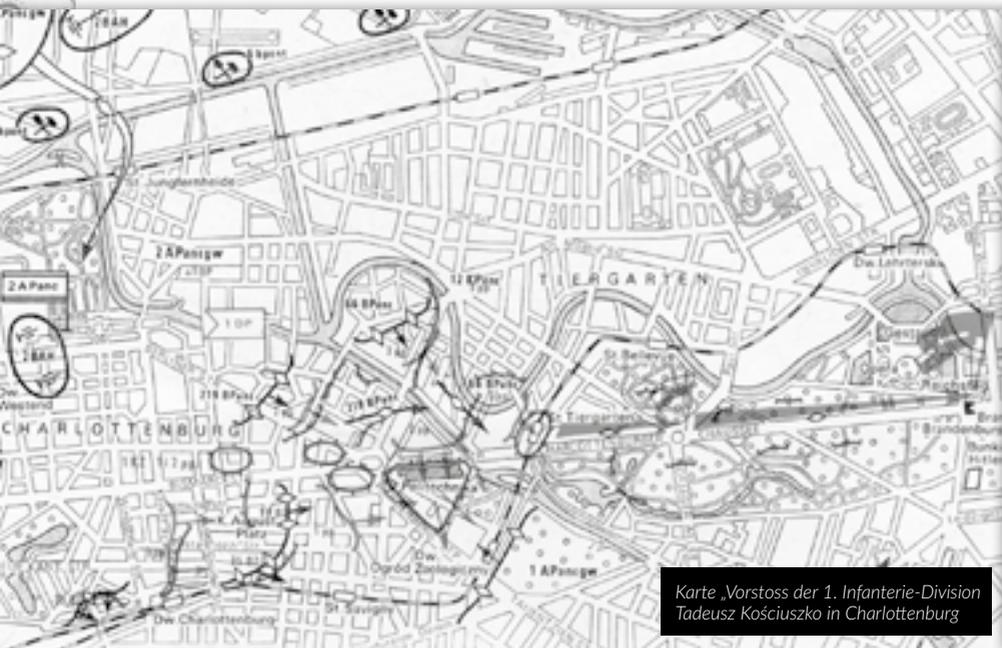
An der finalen Schlacht des Zweiten Weltkrieges nahmen an der Seite der Roten Armee auch Soldaten und Frauen-Soldaten der 1. Polnischen Armee teil. 12.000 von ihnen kämpften allein in der Berliner Innenstadt.

Am 1. September 1939 begann mit dem Überfall auf Polen der Zweite Weltkrieg. Polnische Antifaschist_innen kämpften jedoch bereits einige Jahre zuvor in Spanien. Mit anderen Freiwilligen aus 53 Ländern füllten sie die Reihen der Republikanischen Armee gegen General Franco. Der Kommandeur der 35. Internationalen Division General Karol Świerczewski („Walter“), der von Ernest Hemingway in seinem Buch „Wem die Stunde schlägt“ als General Golz verewigt wurde, wurde später zum Befehlshaber der 2. Polnischen Armee, die bei Bautzen kämpfte. Diese Operation war Teil der sog. Schlacht um Berlin.

Die Angehörigen der 1. Polnischen Armee waren fast ausnahmslos Zivilist_innen, die vom NKWD im Februar 1940 im Rahmen der sog. Entkulakisierung nach Sibirien verschleppt wurden. Nach Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen der polnischen Exil-Regierung in London und der Sowjetunion, die nach dem Einmarsch der Sowjetunion in Polen am 17.09.1939 abgebrochen worden waren, gelangten tausende Pol_innen aus den Gulags in die bei Moskau formierte 1. Polnische Armee.

In die Berliner Groß-Operation wurde auch die 2. Polnische Armee (Erste Ukrainische Front unter Marschall Konew) in der Lausitz eingebunden. Die polnischen Kräfte sollten eigentlich nur eine Hilfsfunktion er-

füllen, um das Haupt-Schlachtfeld zu isolieren. In der Nähe von Plötzensee am Hohenzollernkanal verhinderte jedoch die 1. Polnische Armee den Versuch Gen. Steiners vom Norden her in die Stadt durchzubrechen, wodurch ihr eine eigenständige Rolle zukam. Als sich am 24. April 1945 der Belagerungs-Ring um Berlin schloss, kämpften polnische Truppen bei Kremmen, Tietzen, Birkenwerder, Oranienburg und Nauen. Bei Bautzen beteiligte sich dagegen die 2. Polnische Armee an der Zerschlagung der von den Sudeten her Berlin zu Hilfe eilenden Heeresgruppe „Mitte“ von Generalfeldmarschall Schörner. An den Kämpfen um Berlin nahmen insgesamt 170 000 polnische Soldat_innen teil.

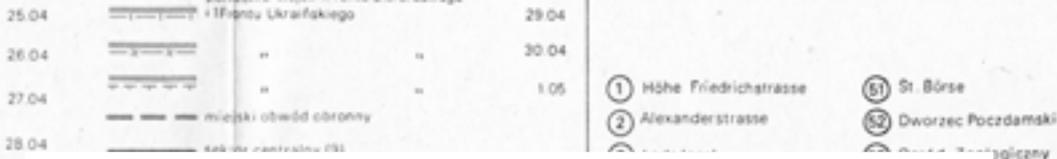


Karte „Vorstoss der 1. Infanterie-Division Tadeusz Kościuszko in Charlottenburg“

POLEN KÄMPFTEN IN DER BERLINER INNENSTADT

In den Straßenschlachten in Berlin nahm die 1. Mörser-Brigade, die 1. Haubitzen-Brigade, das 6. Ponton-Bataillon sowie die relativ spät, weil erst am 30. April in die Stadt hinzugerufene, 1. Infanterie-Division Tadeusz Kościuszko als Streitkräfte der 1. Polnischen Armee teil. Ihre Einheiten kämpf-





ten vor allem in Charlottenburg, Moabit und Tiergarten. Besonders viele Opfer forderten die Kämpfe am 1. Mai 1945 um die Charlottenburger Chaussee (Straße des 17. Juni). Unter dem Oberkommando der 2. Sowjetischen Garde-Armee von Gen. Bogdanow übernahmen die Polen Aufgaben, die nicht von Panzereinheiten unter den Bedingungen eines Häuserkampfes erfüllt werden konnten. Die polnische Division befreite drei zentrale Objekte des Sektors „Zitadelle“ im Tiergarten (den Karl-August-Platz, die damalige Technische Hochschule sowie Gefechtspunkte im Tiergarten und den S-Bhf. Tiergarten selbst). Dafür wurden 76 mm-Geschütze zerlegt und in den dritten Stock von Gebäuden gegenüber der Technischen Hochschule getragen.



Partisanen der 1. Brigade der Armia Ludowa (Volks Armee) unter Befehl von Zygmunt Bieszczanin, „Adam“ (erster rechts)

Durch direkten Beschuss aus den Fenstern und ein zeitgleich stattfindendes Umzingelungsmanöver des Hinterhofes der Technischen Hochschule vom Osten, Westen und Norden konnte dieses Verteidigungs-nest ausgeschaltet werden.

Die Einnahme dieses von Gen. Weidling als „neuralgischen Punkt“ bezeichneten Kampfgebietes durch das 2. Polnische Regiment, das von Nord-Westen kam sowie der Sturm der 1. Sowjetischen Panzer-Armee und 8. Sowjetischen Garde-Armee von Süd-Osten waren entscheidend für die Aufnahme der

Kapitulationsgespräche durch Gen. Weidling. Die Liquidation des letzten Widerstandspunktes der Nazis in der Nähe des Reichstages wurde von Offizieren der 120. Sowjetischen Panzer-Garde sowie dem 3. Polnischen Infanterie- und dem 1. Polnischen Artillerie-Regiment, als Teil der polnischen 1. Kościuszko-Division, vor dem Brandenburger Tor unterzeichnet.

Die polnische Fahne wurde auf der Siegestsäule gehisst, dem Symbol des übermütigen preußischen Militarismus, die nach der Niederschlagung der Pariser Kommune 1871 in Berlin aufgestellt wurde.





Meeting sowjetischer Soldaten im befreiten Berlin

Die Berliner Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes- Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) bemüht sich seit mehreren Jahren um eine Ehrung der polnischen Soldaten und Frauen-Soldaten in Berlin. Seit einem Jahr wird sie dabei vom AstA der TU Berlin unterstützt. Dabei hat sie immer wieder die Bedeutung der 1. Polnischen Armee aber auch den Beitrag polnischer Widerstandsgruppen, wie die um Hedwig Neumann in Pankow, hervorgehoben. In Polen wird kaum noch an die Soldat_innen der 1. und 2. Polnischen Armee erinnert. Die SPD-Fraktion in der BVV Charlottenburg-Wilmersdorf hat im Mai 2015 das Bezirksamt gebeten eine Form des Gedenkens zu finden in dem „der besondere Anteil der Frauen und Männer in den polnischen Verbänden bei den Straßenkämpfen in unserem Bezirk hervorgehoben werden“ soll. Während des Zweiten Weltkriegs starben 6 Millionen polnische Staatsbürger_innen, die Hälfte davon Juden und Jüdinnen, was 22% der Gesamtbevölkerung ausmacht.



»Die Wahrheit
ist immer konkret.«

(Lenin)

Magazin für Politik & Kultur.

Jeden Monat neu am Kiosk.

www.konkret-magazin.de

KEINE ENTSCHÄDIGUNG FÜR NS-OPFER DER FALL DISTOMO

Martin Klingner*

Der Fall Distomo (Griechenland) ist ein exemplarisches Beispiel für den Umgang der Bundesrepublik Deutschland mit einem NS-Verbrechen. Deutsche Botschaftsvertreter_innen erscheinen auf Gedenkfeiern, legen Kränze nieder und äußern Bedauern. Vorläufiger Höhepunkt der deutschen Versöhnungsoffensive: Im März 2014 reist Bundespräsident Gauck nach Griechenland und erklärt in Lyngiades, einem der vielen Orte, in denen Wehrmacht und SS während der deutschen Besatzung in Griechenland mordeten: „Mit Scham und Schmerz bitte ich im Namen Deutschlands die Familien der Ermordeten um Verzeihung.“

Doch das scheinbare Bekenntnis zu deutscher Schuld blieb und bleibt ohne notwendige Konsequenzen: Die Morde an Zehntausenden Opfern der Nazibesatzer in Griechenland (wie auch anderswo) sind bis heute ungesühnt, die Täter wurden von den deutschen Ermittlungsbehörden nicht

verfolgt und bestraft, die Opfer und Hinterbliebenen der Ermordeten nicht entschädigt. Im Gegenteil: Sämtliche deutschen Regierungen haben es sich zur Aufgabe gemacht, die berechtigten Entschädigungsforderungen der Opfer und Überlebenden mit allen politischen und juristischen Mitteln zu bekämpfen.

In Deutschland wurde das Massaker in Distomo vom 10. Juni 1944 jahrzehntelang verschwiegen. Dort ermordeten Angehörige der 4. SS-Polizei-Panzergranadier-Division 218 Menschen als Rache für ein verlustreiches Gefecht mit Partisan_innen in der Umgebung. Es war eines der vielen Massaker der deutschen Besatzer in Griechenland, denen mehr als 30.000 Menschen zum Opfer fielen. Erst seit der gerichtlichen Geltendmachung von Entschädigungsforderungen durch die griechischen Überlebenden und die Angehörigen der Ermordeten aus Distomo nahm auch die deutsche Öffentlichkeit Notiz von diesem Verbrechen.

Das Landgericht Levadia hatte die Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1997 verurteilt, an die 296 Klägerinnen und Kläger aus Distomo eine Entschädigungssumme von umgerechnet ca. € 28 Mio. zu zahlen.

Doch die deutsche Seite verweigerte dem Urteil die Anerkennung, die Bundesregierung erklärte sich für immund und behauptete, im Ausland dürfe Deutschland nicht verklagt werden. Der Areopag (oberster Zivilgerichtshof Griechenlands) wies jedoch im Jahr 2000 die Revision der Bundesrepublik zurück und erklärte, dass das Prinzip der Staatenimmunität im Falle von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschheit keine Gültigkeit habe. Das Urteil wurde rechtskräftig. Die Bundesregierung wollte aber weiterhin nicht zahlen.

Aufgeschreckt wurde die deutsche Öffentlichkeit dann endgültig im Jahr 2000 mit der spektakulären Einleitung von Zwangsvollstreckungsmaßnahmen u. a. gegen die Liegenschaft, in der sich das Goethe-Institut in Athen befindet. Die Vermessung der Räumlichkeiten durch die Gerichtsvollzieherin vor laufenden Kameras ließ in Berlin die Alarmglocken schrillen. Die deutsche Regierung setzte Athen unter Druck. Sie erwirkte ein Veto des griechischen Justizministers gegen die Zwangsvollstreckung. Unter der Drohung, Berlin würde einen Beitritt Griechenlands zur Eurozone verhindern, knickte die griechische Regierung ein.

Die juristische Auseinandersetzung im Fall Distomo war und ist damit aber nicht vorbei. Sie wurde fortgeführt vor den Gerichten Griechenlands, Italiens, Deutschlands. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte wurde angerufen sowie der Internationale Gerichtshof, welcher der deutschen Seite Recht gab. Deutschland erwirkte im Jahr 2012 ein Urteil des IGH, in dem dieser erklärte, dass das Prinzip der Staatenimmunität uneingeschränkt gelte und deshalb Gerichte anderer Staaten nicht über Klagen von Individuen gegen Deutschland im Fall von Kriegsverbrechen entscheiden dürften.

Damit schien die gerichtliche Auseinandersetzung beendet zu sein. Doch es kam anders. Das italienische Verfassungsgericht entschied im Jahr 2014, dass es verfassungswidrig sei, wenn die Bürger_innen eines Staates ihr Recht nicht vor den Gerichten suchen könnten. Dies verstoße gegen die Menschenwürde und gegen das Rechtsstaatsprinzip. Durch dieses

**Querstellen
statt querlesen**
Jetzt testen: 4 Ausgaben für 10 €
Bestellungen unter www.akweb.de

ak

analyse & kritik
Zeitung für linke
Debatte und Praxis



Urteil ist auch die Vollstreckung des Distomo-Urteils gegen deutsches Eigentum in Italien möglich. Sie wurde bereits eingeleitet. Abzuwarten bleibt, mit welchen Mitteln die deutsche Seite versuchen wird, die Rechte der Distomo Klägerinnen und Kläger dieses Mal zu unterlaufen.

Parallel zur juristischen Auseinandersetzung versucht Berlin in der Nachfolge des Gauck-Besuchs noch eine andere Karte zu spielen. Sie ködert einzelne Bürgermeister der sogenannten „Martyrergemeinden“ mit Schmeicheleien und finanziellen Zuwendungen. So erhielt der vormalige Bürgermeister von Kalavryta das Bundesverdienstkreuz. Berlin wirbt für ein Deutsch-Griechisches Jugendwerk und für einen Deutsch-Griechischen Zukunftsfonds. Diese Institutionen sind mit bescheidenen Mitteln ausgestattet, von deutscher Seite bestimmt und sollen propagandistisch genutzt werden, um der Öffentlichkeit vor allem in Griechenland Sand

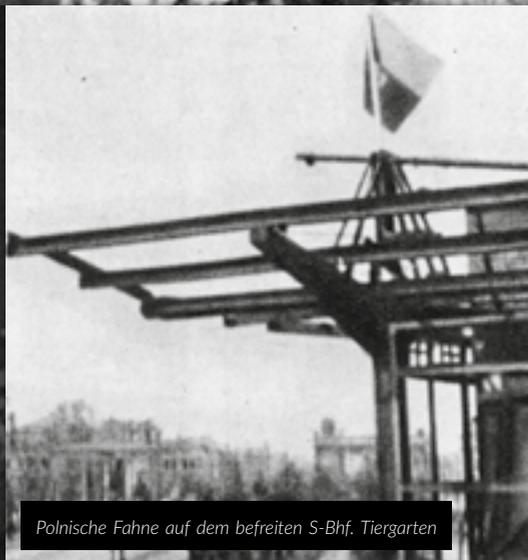
in die Augen zu streuen. Ziel ist die Abwehr der Entschädigungs- und Reparationsforderungen.

Große Teile der deutschen Öffentlichkeit haben bis heute nicht akzeptiert, dass eine Anerkennung der NS-Verbrechen mit materiellen Konsequenzen verbunden ist. Die Bundesregierung nutzt weiterhin ihre Vormachtstellung in Europa, um sämtliche Forderungen aus ehemals von Nazideutschland besetzten Ländern abzuwehren. Ob es dennoch gelingt, Forderungen der Opfer durchzusetzen, wird nicht zuletzt davon abhängen, wieviel Druck im In- und Ausland gegen diese deutsche Politik entwickelt werden kann.

Der Autor ist aktiv im AK-Distomo aus Hamburg. Der Arbeitskreis unterstützt die Entschädigungsforderungen griechischer und anderer NS-Opfer. Gemeinsam mit Jan Krüger erschien ein ausführlicher Beitrag zum Thema „Der Fall Distomo“ in dem Reader „Griechenland im Würgegriff“, Hrsg. Paul B. Kleiser im ISP Verlag



**“NIEMAND IST
VERGESSEN,
NICHTS IST
VERGESSEN.”**



Polnische Fahne auf dem befreiten S-Bhf. Tiergarten

VOR 75 JAHREN ÜBERFIEL NAZIDEUTSCHLAND DIE SOWJETUNION

Diese Grabinschrift auf dem Leningrader Piskarew-Gedenkfriedhof für die vielen Menschen, die während der Belagerung starben und dort in Massengräbern begraben sind, steht nicht allein für die Verteidiger_innen Leningrads, welche die 900-tägige Blockade ertragen mussten. Sie steht auch und vor allem für alle jene, die in der damaligen Sowjetunion für den langersehnten Tag des Sieges arbeiteten und kämpften.

Auch 75 Jahre nach dem Überfall Nazideutschlands auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 dürfen die 26 Millionen Sowjetbürger_innen, die in dem fast vier Jahre dauernden barbarischen Vernichtungskrieg ihr Leben verloren, nicht vergessen werden. Genauso wenig die tausenden Städte und Dörfer, die zerstört und ganze Landstriche, die verwüstet wurden. Wir erinnern an die Folgen des Überfalls, wie das Massaker bei Babi Jar, bei dem am 29. und 30. September 1941 in mörderischer Zusammenarbeit von Wehrmacht und SS 33.741 jüdische Einwohner_innen der Stadt Kiew in eine Schlucht getrieben und ermordet wurden. Wir erinnern an die sowjetischen Kriegsgefangenen, die erbarmungslos dem Hungertod preisgegeben oder in Massakern erschossen wurden. Allein in Bergen Belsen starben in der Zeit von Juli 1941 bis zum Frühjahr 1942 mindestens 18.000 sowjetische Kriegsgefangene, in Sachsenhausen ermordeten 15 bis 20 SS-Leute von August bis Mitte November 1941 mindes-

tens 10.000 ehemalige Rotarmisten mittels einer im „Industriehof“ installierten Genickschuss-Anlage, weitere 3.000 starben zur gleichen Zeit im Lager an Hunger und Seuchen. Erinnern wir an Leningrad, an den „Generalplan Ost“, der die Ermordung, Aushungerung und Vertreibung von 30 bis 40 Millionen polnischer, jüdischer, russischer, weißrussischer, ukrainischer Bürger_innen sowie Sintize und Sinti, Romnija und Roma vorsah.

Auch heute, 75 Jahre später, bleibt die historische Aufgabe, die Opfer des von Nazideutschland begonnenen Vernichtungskrieg und die Ermordung der europäischen Juden im Osten, welche in der Nazi-Propaganda als „jüdisch-bolschewistische Untermenschen“ verfolgt und ausgeraubt und schließlich planmäßig vernichtet wurden, durch uns als Antifaschist_innen in Erinnerung zu halten. Es gilt den Geschichtsfälschungen und dem Geschichtsrevisionismus entgegenzutreten, mit denen versucht wird, die Ursprünge des Faschismus und den Sieg über ihn im Jahre 1945 umzudeuten. Der Bundestag führte am 10. September 2014 eine Gedenkstunde aus Anlass des 75. Jahrestages des Beginns des Zweiten Weltkriegs durch, in der Bundestagspräsident Lammert äußerte: „Dem deutschen Überfall war ein diplomatisches Schurkenstück vorausgegangen: Der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt“, ein „Angriffspakt zweier ideologischer Antipoden“, die sich „darauf verständigt hatten, Mitteleuropa mit imperialistischer Brutalität in Einflussphären untereinander aufzuteilen“.

Auf diese Weise wird versucht, die europäische Appeasement-Politik gegenüber Hitler mit deren Auswirkungen auf die sowjetische Außenpolitik zwischen August 1939 und Juni 1941 nachträglich zu rechtfertigen, und mit der des deutschen Verbrecherstaates und Aggressors gleichzusetzen. Letzterer wird damit entlastet und schließlich auch der entscheidende Beitrag der Roten Armee zur Befreiung Europas in Zweifel gezogen.



Meeting von Soldaten der Kościuszko-Division am Charlottenburger Tor am 2. Mai 1945

DEUTSCHLAND BLEIBT SPARSAM: „BIOLOGISCHE LÖSUNG“ GREIFT AUCH BEI ENTSCHÄDIGUNG FÜR SOWJETISCHE KRIEGSGEFANGENE

Wer als Rotarmist*in gegen Hitlerdeutschland gekämpft und überlebt hat, ist heute mehr als 90 Jahre alt, bzw. meist schon gestorben.

Zwischen 1941 und 1945 starben von den 5,7 Millionen in Gefangenschaft geratenen Rotarmisten drei Millionen in deutscher Kriegsgefangenschaft. Der Krieg gegen die Sowjetunion war ein Vernichtungskrieg, die sowjetischen Kriegsgefangenen wurden von den Nazis als „Untermenschen“ behandelt.

Die Deutschen und ihre Kollaborateure ließen sie verhungern, prügeln sie zu Tode, ließen sie erfrieren, sie mussten sich als Sklavenarbeiter*innen zu Tode schuften,

es gab keinerlei medizinische Versorgung. Jüdische Soldat*innen wurden, wenn erkannt, meist sofort liquidiert, genauso wie die politischen Kommissare. Kriegsgefangene aus westlichen Ländern überlebten weit häufiger, nur rund drei Prozent starben in den Lagern der Wehrmacht.

Im Jahr 2000 stellte die BRD nach Jahrzehnte langen Diskussionen und unter wachsendem internationalem Druck zehn Milliarden D-Mark für ehemalige Zwangsarbeiter*innen der NS-Wirtschaft bereit. Schon damals war ein großer Teil der potentiellen Empfänger*innen verstorben. Sowjetische Kriegsgefangene waren von Zahlungen ausgenommen.

Der 1990 gegründete Berliner Verein „Kontakte – Kontakty“, der zur

Aussöhnung zwischen West und Ost beitragen will, begann 2003, da sowjetische Kriegsgefangene bei der Zwangsarbeiter-Entschädigung leer ausgingen, private Spenden zu sammeln. Je 300 Euro gingen seither an 8000 ehemalige Rotarmisten., dazu ein persönlicher Brief, in dem der immer von Eberhard Radczuweit geleitete Verein um Vergebung für das erlittene Unrecht bat.

Der Verein hat damit mehr für die oft sehr armen Empfänger*innen in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion getan, als jede deutsche Regierung.

Als der Bundestag im Mai 2015, 70 Jahre nach Kriegsende doch noch beschloss, sowjetischen Kriegsgefangenen eine symbolische „Anerkennungsleistung“ magere 2500 Euro zu zahlen, traten Radczuweit und seine Mitarbeiter sofort in Aktion. „Wir haben aus unseren Listen 5000 Rotarmisten angeschrieben, von denen wir dachten, sie könnten noch leben.“

Die meisten Rückmeldungen kamen von Kindern oder Enkeln – viele ehemalige Kriegsgefangene, sind inzwischen verstorben. Immerhin konnten Hunderte Adressen von noch lebenden, hochbetagten Anspruchsberechtigten, an das zuständige Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen (BADV) weitergeleitet werden. Dies scheint aber mit wenig Elan zu arbeiten, bis Januar 2016 haben nur acht Betroffene das Geld erhalten.

Gleichzeitig gehen bei Kontakte-Kontakty schlechte Nachrichten ein, z.B. aus Armenien. Von den rund 100 ehemaligen sowjetische Kriegsgefangenen, die dort im Veteranenbund organisiert, sind Vier in der ersten Woche 2016 gestorben

„Die ganze Prozedur ist auf drei Jahre angelegt“, sagt Radczuweit: „In dieser Zeit werden die meisten sowieso gestorben sein“.

Informationen
zu Kontakte – Kontakty:
www.kontakte-kontakty.de

70 Jahre sind uns nicht genug:

Wir feiern **ndLive**
22./23./24. April 2016



**BANDS
POLITIK
LITERATUR**

Ausstellungen
Podiumsdiskussionen
Redaktionsführungen
Lesungen
Konzerte
Kabarett
Gespräche
Essen & Trinken
Frühlingswetter
& Klasse Gäste
Eintritt frei!

FRANZ-MEHRING-PLATZ 1
10243 BERLIN
www.ndlive.de

9. MAI 2016

FEST ZUM TAG DES SIEGES ÜBER DEN FASCHISMUS IM TREPTOWER PARK

AB 15 UHR - IN DER NÄHE DES
SOWJETISCHEN EHRENMALS

MIT MUSIK,
ZEITZEUG_INNEN,
BÜCHER- und INFORMATIONSSTÄNDEN
FÜHRUNG ZUM EHRENMAL Und
RUSSISCHEM ESSEN UND TRINKEN

WER NICHT FEIERT,
HAT VERLOREN!

